

Protokoll

über den öffentlichen Teil der Sitzung des Kreistages am Donnerstag, 15. Mai 2025 im Großen Sitzungssaal, Marie-Wagenknecht-Str. 3, Hildesheim

Anwesend: Landrat Bernd Lynack sowie

Mitglieder der SPD-Fraktion

Arlt, Andreas
Brede, Christel
Bommersbach, Ludwig
Dreier, Johannes
Ehrig, Marc
Fink, Marek
Flohr, Simone
Friedemann, Waltraud
Gabel, Friedhelm
Hauk, Martin
Hillberg, Arne
Hodur, Karl-Heinz
Homeister, Egbert
Kubat, Pascal
Preissner, Werner
Schellhammer, Dietmar
Siekiera, Iris
Sundermeyer, Tobias
Witt, Evelyn

Mitglieder der CDU-Fraktion

Bertram, Ute
Bettels, Dirk
Dr. Bruns, Thomas
Ceglarek, André
Flegel, Bernhard
Gerhardy, Clemens
Grabow, Thomas
Herbst, Ramon
Hopmann, Laura
Koschorrek, Andreas
Lüder, Justus
Machtens, Heinrich
Prior, Friedhelm
Schiedeck, Carsten
Spengler, Katharina
Teltemann, Josef

Mitglieder Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Domning, Ekkehard
Kersten-Wilk, Oliver
Kolan, Stefan
Loebel, Lutz
Ludäscher, Caroline
Ruddigkeit, Gabriele
Schröter-Mallohn, Holger
Dr. Schütte, Holger
Dr. Weber, Susanne

AfD-Fraktion

Esse, Manfred
Grugelke, Claus

Fraktion Die Unabhängigen

Offen, Klaus
Wucherpennig, Melissa

FDP-Fraktion

Ebert, Claas
Dr. Fell, Bernd
Dr. Jacobs, Henrik

Fraktion Vernunft und Gerechtigkeit

Sturm, Joachim
Vornkahl, Martin

Einzelabgeordnete

Bosse-Arbogast, Michael
Konstantopoulos, Georgios
Walla, Fabian

Die PARTEI

Hirbod, Hamun

GUT für Sarstedt

Warneke, Dirk

Fraktionsgeschäftsführung

CDU-Fraktion - Christin Becker
AfD-Fraktion - Norbert Hüter
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Jessica Sharma
Die Unabhängigen - Anja Wucherpennig
FDP-Fraktion - Melanie Partyka
Fraktion Die Vernunft und Gerechtigkeit – Rita Krüger

Verwaltung:

Evelin Wißmann - Erste Kreisrätin
Hans-Heinrich Waldeck - stellvertr. Leitung Dez. 3
Christina Grella – stellvertr. Leitung Dezernat 1
Maik Hoffmann – stellvertr. Leitung Dezernat 4
Florian Deister – stellvertr. Leitung Dezernat 5
Katina Bruns - Gleichstellungsbeauftragte

Ulrich Voß - Leitung Amt 910
Lena Kubat - Pressestelle
Nadine Friede - Amt 904, Protokollführung
Tanja Zimmermann - Amt 904

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 21:10 Uhr

Tagesordnung

I. Öffentliche Sitzung

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
2. Genehmigung der Protokolle vom 28.11.2024 und 12.12.2024
3. Einwohnerfragestunde
4. Aktuelle Stunde
- 4.1. Situation der Familien im Landkreis Hildesheim
aktuelle Stunde
Antrag des KTA Prior vom 08.05.2025
- Antrag 835/XIX
5. Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlicher Sitzung des Kreistages
6. Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses
7. Anregungen und Beschwerden gem. § 34 NKomVG
8. Flüchtlingssituation im Landkreis Hildesheim
9. Einführung einer Bezahlkarte für Leistungen nach dem AsylbLG
- Antrag der Fraktionen FDP und Unabhängige vom 18.02.2025
- Antrag 773/XIX
- 9.1. Einführung einer Bezahlkarte für Leistungen nach dem AsylbLG
Antrag der Fraktion FDP und Fraktion Die Unabhängige
- Antrag 803/XIX
10. 1. Nachtragshaushaltsplan 2025
- 10.1. 1. Nachtragshaushaltssatzung 2025 des Landkreises Hildesheim;
Stellungnahmen der kreisangehörigen Kommunen gem. § 15 NFAG
- Vorlage 896/XIX
- 10.2. 1. Nachtragshaushaltssatzung 2025 des Landkreises Hildesheim
- Vorlage 892/XIX
- 10.3. 1. Nachtragshaushaltsplan 2025
Antrag der Fraktionen Die Unabhängigen und FDP
- Antrag 821/XIX
- 10.4. Nachtragshaushalt 2025
Antrag der CDU-Fraktion vom 08.05.2025
- Antrag 831/XIX
- 10.5. 1. Nachtragshaushaltsplan 2025 des Landkreises Hildesheim
Antrag der Fraktionen Die Unabhängigen und FDP
- Antrag 837/XIX
11. Rekommunalisierung der Rettungsdienste
Antrag der Fraktion Vernunft und Gerechtigkeit vom 08.11.2024
- Antrag 648/XIX
- 11.1. Konzept zu den Möglichkeiten der Rekommunalisierung des Rettungsdienstes
Antrag der Gruppe vom 26.03.2025
- Antrag 817/XIX
- 11.2. Konzept zu den Möglichkeiten der Rekommunalisierung des Rettungsdienstes
Antrag der CDU-Fraktion vom 08.05.2025
- Antrag 832/XIX
12. Tempo 30 km/h vor den Kindergärten in Hotteln und Groß Dungen
Antrag der CDU-Fraktion vom 08.01.2025
- Antrag 753/XIX
13. Anordnung von Tempo 50 km/h in Lamspringe OT Neuhof
Antrag der CDU-Fraktion vom 08.01.2025
- Antrag 756/XIX

- 13.1. Anordnung von Tempo 50 km/h in Lamspringe OT Neuhof
Antrag der Gruppe, der CDU-Fraktion, der Fraktion FDP und der Fraktion Die Unabhängige vom 08.04.2025
- Antrag 820/XIX
14. Vollsperrungen von Straßen
- Vorlage 875/XIX
15. Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH
- 15.1. Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH
- Vorlage 898/XIX
- 15.2. Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth
Antrag der FDP-Fraktion vom 05.05.2025
- Antrag 827/XIX
- 15.3. Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH
Antrag der Gruppe und CDU-Fraktion vom 05.05.2025
- Antrag 828/XIX
- 15.4. Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH
Antrag der Fraktionen Die Unabhängigen und FDP vom 08.05.2025
- Antrag 833/XIX
16. Volkshochschule Hildesheim gGmbH;
Veränderung der Gesellschafterstruktur durch Anteilserwerb;
Information zum aktuellen Sachstand
- 16.1. Volkshochschule Hildesheim gGmbH;
Veränderung der Gesellschafterstruktur durch Anteilserwerb
Informationen zum aktuellen Sachstand
- Vorlage 576/XIX - 3
17. Personalbericht 2024
- Vorlage 860/XIX
18. Einstellungsstopp für den Stellenplan 2026
Antrag der FDP-Fraktion vom 25.04.2025
- Antrag 822/XIX
19. Grundsätze der Arbeitsplatz- und Dienstpostenbewertung
Antrag der CDU-Fraktion vom 02.12.2024
- Antrag 726/XIX
20. Gleichstellungsplan 2025 bis 2027
- Vorlage 861/XIX
21. Leitung des Rechnungsprüfungsamtes (RPA) und der Dezernate des Landkreises
- Antrag der CDU-Fraktion vom 30.09.2024
- Antrag 630/XIX
- 21.1. Notwendige Informationen über die Tätigkeit des Rechnungsprüfungsamtes
Anfrage der Fraktionen Die Unabhängigen und FDP sowie dem KTA Bosse Arbogast vom 14.01.2025
- Antrag 761/XIX
22. Förderung der Musikschulen
Antrag der Fraktionen Die Unabhängigen, FDP und des KTA Bosse-Arbogast vom 06.03.2025
- Antrag 789/XIX
- 22.1. Förderung der Musikschulen
Antrag der CDU-Fraktion vom 13.03.2025
- Antrag 796/XIX
23. Fortführung des Projektes "JobKlub" für den Zeitraum 01.07.2025 bis 30.06.2026
- Vorlage 879/XIX
24. Investitionskostenzuschuss Tierheim
Antrag der CDU-Fraktion vom 08.01.2025
- Antrag 752/XIX

25. Umsetzung des Gefahrgutkonzeptes; Zweckvereinbarung zur gemeinsamen Beschaffung und Finanzierung von drei Abrollbehältern Gefahrgut sowie eines Gerätewagens Messtechnik
- Vorlage 754/XIX
- 25.1. Umsetzung des Gefahrgutkonzeptes; Zweckvereinbarung zur gemeinsamen Beschaffung und Finanzierung von drei Abrollbehältern Gefahrgut sowie eines Gerätewagens Messtechnik
- Vorlage 754/XIX - 1
26. Maßnahmen nach dem Niedersächsischen Katastrophenschutzgesetz (NKatSG)
Antrag der CDU-Fraktion vom 21.11.2024
- Antrag 685/XIX
27. Ernennung des stellvertretenden Brandschutzabschnittsleiters des Brandschutzabschnittes Nord
- Vorlage 853/XIX
28. Trägerversammlung des Jobcenters Hildesheim - Neubenennung von kommunalen Mitgliedern und deren Stellvertreter*innen
- Vorlage 897/XIX
29. Umbesetzung der Ausschüsse des Kreistages
- 29.1. Umbesetzung der Ausschüsse und Gremien des Kreistages
- Vorlage 919/XIX
- 29.2. Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH
- Änderung des Gesellschaftsvertrages
- Auflösung des Gesellschafterrates und Einrichtung eines Aufsichtsrats
- Beschluss des Kreistages vom 20.03.2025 zu Vorlage 859/XIX
- Vorlage 923/XIX
- 29.2.1. Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH; Antrag zur Vorlage 923/XIX TOP 29.2 der Sitzung des Kreistages am 15.05.2025
Antrag der Fraktionen FDP und Die Unabhängigen vom 14.05.2025
- Antrag 845/XIX
30. Aktuelle Situation BBS
Antrag der FDP und Die Unabhängigen vom 30.04.2025
- Antrag 824/XIX
31. Mitteilungen der Verwaltung
32. Anfragen

Ergebnis der Sitzung:

TOP 1:

Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Vors. KTA Ehrig stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Er schlägt vor, die Tagesordnungspunkte, die die Schulen und den Kurbetrieb Bad Salzdetfurth betreffen, vorzuziehen. Die Tagesordnungspunkte 19 und 26 werden gestrichen.

-einstimmig beschlossen-

Vors. KTA Ehrig richtet einleitende Worte an die Anwesenden und spricht die Spannungen und Respektlosigkeiten an, die nach der letzten Kreistagssitzung aufgetreten seien. Er betont die Notwendigkeit von Anstand, Respekt und Dialog im demokratischen Miteinander und fordert eine Entschuldigung für die Vorfälle, jedoch ohne öffentliche Inszenierung. Er zieht Parallelen zu seiner Tätigkeit als Fußballschiedsrichter und hebt hervor, dass Fairness und Respekt unverhandelbare Grundpfeiler seien. Er appelliert an die Abgeordneten, die verbleibende Zeit der Legislaturperiode zu

nutzen, um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger sowie das Vertrauen untereinander zurückzugewinnen.

TOP 2:

Genehmigung der Protokolle vom 28.11.2024 und 12.12.2024

- einstimmig beschlossen -

TOP 3:

Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

TOP 4:

Aktuelle Stunde

TOP 4.1:

Situation der Familien im Landkreis Hildesheim

aktuelle Stunde

Antrag des KTA Prior vom 08.05.2025

- Antrag 835/XIX

KTA Hopmann schildert anhand einer fiktiven Geschichte die Herausforderungen, mit denen Familien in der heutigen Zeit konfrontiert seien. Sie beschreibt die Sorgen und Unsicherheiten eines jungen Paares, die während der Corona-Pandemie Eltern werden. Dabei hebt sie hervor, wie äußere Umstände wie die Pandemie, wirtschaftliche Unsicherheiten und der Mangel an Hebammen die Situation zusätzlich erschweren würden.

Sie kritisiert, dass es im Landkreis Hildesheim im Gegensatz zu anderen Regionen keine digitale Plattform zur Hebammensuche gibt. Zudem thematisiert sie die Auswirkungen des Hebammenmangels auf die Geburtshilfe und die damit verbundenen Sorgen der Eltern. Die gesundheitlichen Risiken, die durch Stress während der Schwangerschaft für das ungeborene Kind entstehen können, werden ebenfalls angesprochen, wobei die Notwendigkeit betont wird, die Rahmenbedingungen für Familien zu verbessern.

KTA Hopmann schließt ihre Ausführungen mit der Feststellung, dass die Belastungen für Familien im Landkreis erheblich seien, selbst wenn diese statistisch gesehen keine großen Probleme hätten. Sie betont, dass die Betreuungskrise sowohl für Kinder als auch für ältere Menschen eine strategische Herausforderung darstelle, die eine koordinierte familienpolitische Führung erfordere. Sie kritisiert, dass familienpolitische Themen häufig von anderen politischen Prioritäten überschattet würden und appelliert an die politische Verantwortungsträger, Familien stärker in den Fokus zu rücken.

KTA Hirbod ergänzt, dass die gewählte Erzählung im Kontext der Corona-Pandemie nicht zwingend notwendig gewesen sei, da die dargestellten Probleme auch in anderen Zeiträumen hätten auftreten können. Der Fokus sollte auf den gesellschaftlichen Herausforderungen liegen, insbesondere auf der rückläufigen Geburtenrate und den damit verbundenen infrastrukturellen Defiziten. Zudem betont er, dass die rückläufige Geburtenrate und die unzureichende Infrastruktur für Familien zentrale Probleme darstellen.

Er berichtet, dass die Kita-Platzversorgung ein weiteres Beispiel für strukturelle Defizite sei. Familien mit Migrationshintergrund, die ihre Kinder durch Großeltern betreuen lassen, würden oft nicht in die Bedarfsplanung einbezogen, was langfristig zu Problemen führe, etwa bei der Einschulung und der

sprachlichen Förderung. Er plädiert für eine realistische Darstellung von Familienleben, die auch die Herausforderungen und den Verzicht, den Familien mit sich bringen, berücksichtigt.

- Gilt als behandelt -

TOP 5:

Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlicher Sitzung des Kreistages

LR Lynack informiert über Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung des Kreistages. Es sei beschlossen worden, die Bauoberrätin Frau Enge zum Schleswig-Holsteinischen Landtag zu versetzen. Zudem seien Frau Marion Rennemann zur Kreisamtsrätin und Herr Stephan Sündermann zum Leiter des Rechnungsprüfungsamtes ernannt worden.

TOP 6:

Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses

LR Lynack berichtet, dass sich die letzte Sitzung des Kreisausschusses mit der Vorbereitung der aktuellen Kreistagsitzung befasst habe.

TOP 7:

Anregungen und Beschwerden gem. § 34 NKomVG

Es liegen keine Anregungen und Beschwerden vor.

(ehemals) TOP 14:

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH

KTA Preissner erläutert die geplanten Maßnahmen zur Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth. Er führt aus, dass ein Gesamtkonzept vorliege, das die Sanierung des Solebades, die Errichtung eines kostengünstigeren Therapiezentrums und die Sanierung der unter Denkmalschutz stehenden Gradierwerke umfasse. Diese Maßnahmen seien wirtschaftlich sinnvoller als der Bau eines neuen Solebades. Er betont, dass die geplanten Investitionen durch gezielte Fördermaßnahmen unterstützt werden könnten, und verweist auf die Fördermittel des Landes Niedersachsen. Er spricht sich gegen die Anträge der FDP und der Unabhängigen aus, da diese die zeitnahe Umsetzung der Maßnahmen gefährden könnten.

KTA Wucherpfennig fordert eine umfassende Vorlage, die die konkreten Kosten der Baumaßnahmen sowie deren Finanzierung und Auswirkungen auf den Kreishaushalt detailliert darstelle. Sie appelliert an die Kreistagsabgeordneten, diesem Antrag zuzustimmen, um eine transparente und verantwortungsvolle Entscheidung zu ermöglichen.

KTA Koschorrek unterstreicht die zentrale Rolle des Kurbetriebs in Bad Salzdetfurth für den Tourismus in der Region.

KTA Bosse Arbogast erklärt, dass er die Zustimmung zum Vorschlag der Verwaltung sowie zum Ergänzungsantrag der Mehrheitsgruppe und der CDU für notwendig halte. Er führt aus, dass die Stärkung der Infrastruktur in einem Mittelzentrum wie Bad Salzdetfurth essenziell sei, um die Attraktivität der Region für junge Menschen und Familien zu erhöhen. Er betont, dass die Bereitstellung von Infrastruktur, wie dem Solebad, ein wichtiger Bestandteil sei, um die

Lebensqualität im Landkreis zu sichern und Abwanderungen entgegenzuwirken. Er verweist darauf, dass ein Neubau des Solebades deutlich höhere Kosten verursacht hätte und die Sanierung daher die wirtschaftlich sinnvollere Lösung darstelle.

KTA Dr. Jacobs äußert sich kritisch zu dem vorliegenden Konzept und bemängelt, dass die Details der Maßnahmen nicht ausreichend im Finanzausschuss oder im Kreistag diskutiert worden seien. Er fordert eine gründlichere Prüfung der Sachlage und verweist darauf, dass die Angaben zu möglichen Fördermitteln des Landes zu unkonkret seien. Zudem regt er an, die Sanierung des Kurmittelhauses als Alternative zu prüfen. Er plädiert dafür, die Entscheidung zu vertagen, um eine fundierte Grundlage für die Beschlussfassung zu schaffen.

KTA Sturm schließt sich der Argumentation an und bittet ebenfalls um Zustimmung. Er erläutert, dass die finanzielle Beteiligung der Stadt Bad Salzdetfurth intensiv diskutiert worden sei und sowohl der Finanzausschuss als auch der Ausschuss für Tourismus einstimmig für den Antrag gestimmt hätten. Er zeigt sich verwundert über abweichende Entscheidungen auf Kreisebene und betont die Bedeutung des Vorhabens für die Zukunft der Stadt. Er hofft auf einen möglichst einstimmigen Beschluss, um diesen als Signal in den Stadtrat mitnehmen zu können.

(ehemals) TOP 14.1:
Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH
- Vorlage 898/XIX

Beschluss:

Der Kreistag/Stadtrat folgt der Empfehlung des Aufsichtsrates der Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH, die Neuausrichtung der Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH auf der Grundlage des Strategiekonzeptes der Unternehmensberatung Altenburg durchzuführen.

Dieses Konzept beinhaltet die Sanierung/Modernisierung des Solebades einschließlich der energetischen Maßnahmen und einer PV-Anlage, einen Neubau eines Therapiezentrums als Anbau zum Solebad und die Grundsanierung der Gradierwerke.

Die Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH wird die betriebswirtschaftliche Struktur einschließlich des Angebotsumfanges weiterhin prüfen und in enger Abstimmung mit den Gesellschaftern optimieren, um die Verluste der Gesellschaft zu reduzieren.

Bei den vorgenannten Maßnahmen sind Fördermöglichkeiten zu eruieren und im größtmöglichen Umfang zu beantragen.

Mindestens halbjährlich erfolgen Sachstandsberichte an die Gesellschafter. Der erste Bericht soll im Herbst 2025 vorgelegt werden.

- mehrheitlich beschlossen -

(ehemals) TOP 14.2:
Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth
Antrag der FDP-Fraktion vom 05.05.2025
- Antrag 827/XIX

Beschluss:

Bevor der Neubau des Therapiezentrums im Sinne der Verwaltungsvorlage 898/XIX vom 30. April 2025 vom Kreistag beschlossen wird, wird durch einen Wirtschaftlichkeitsvergleich im Sinne von § 12 KomHKVO unter mehreren in Betracht kommenden Möglichkeiten des Betriebs eines Therapiezentrums, die wirtschaftlichste Lösung ermittelt. Insbesondere soll mittels eines Gutachtens überprüft werden, ob der Betrieb des bisherigen Therapiezentrums (Kurmittelhaus) – ggf. unter Berücksichtigung notwendiger baulicher Sanierungsmaßnahmen - nicht längerfristig fortgesetzt werden kann.

- mehrheitlich abgelehnt -

(ehemals) TOP 14.3:

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH

Antrag der Gruppe und CDU-Fraktion vom 05.05.2025

- Antrag 828/XIX

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag wird mit folgenden Maßgaben zugestimmt:

1. Dem Beschlussvorschlag werden als Anlagen der Beschluss des Aufsichtsrates (Empfehlung des Aufsichtsrates der Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH, die Neuausrichtung der Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH und das Strategiekonzeptes der Unternehmensberatung Altenburg mit Datum beigelegt.
2. In Satz 1 des Beschlussvorschlages werden _ nach dem Wort „Empfehlung“ die Angabe „(Anlage 1)“ und _ nach dem Wort „Altenburg“ die Angabe "(Anlage 2)" eingefügt.
3. Nach Satz 2 wird folgender neuer Satz 3 eingefügt:
„Die Umsetzung des o.a. Konzepts steht unter dem Vorbehalt der Entscheidungen der Gesellschafterversammlung der Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH und den dafür nach 5 138 Abs. 1 NKomVG gefassten Beschlüssen des Kreistages.“
4. Die bisherigen Sätze 3 bis 6 werde die Sätze 4 bis 7.

- mehrheitlich beschlossen -

(ehemals) TOP 14.4:

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH

Antrag der Fraktionen Die Unabhängigen und FDP vom 08.05.2025

- Antrag 833/XIX

Beschluss:

Vor einer abschließenden Entscheidung über die Durchführung der beabsichtigten Investitionen wird dem Kreistag eine Vorlage zugeleitet, mit der die gesamten konkret ermittelten Kosten der Baumaßnahmen und deren Finanzierung einschließlich der damit verbundenen finanziellen Auswirkungen für den Kreishaushalt dargestellt werden.

- mehrheitlich abgelehnt -

KTA Sturm bringt anschließend eine Anregung im Zusammenhang mit der Initiative "Mayors for Peace" ein. Er erinnert daran, der Initiative beizutreten, und erläutert, dass es eine Aktion gibt, bei der Unterschriften gesammelt würden, um auf die Gefahren eines Atomkrieges hinzuweisen.

(ehemals) TOP 15:

Volkshochschule Hildesheim gGmbH;

Veränderung der Gesellschafterstruktur durch Anteilserwerb;

Information zum aktuellen Sachstand

KTA Friedemann berichtet, dass der Landkreis Hildesheim die Anteile an der Volkshochschule übernommen habe. Sie dankt allen Beteiligten für die Verhandlungen, die zur notariellen Beurkundung des Vertrages geführt haben. Sie betont, dass der Landkreis nun die Gesamtverantwortung für die Erwachsenenbildung in der Region trage und die Volkshochschule weiterentwickeln werde.

KTA Lüder kritisiert die Komplexität der bisherigen Beteiligungsstruktur sowie die damit verbundenen finanziellen Belastungen. Er appelliert an die Verantwortlichen, künftig effizienter zu arbeiten.

KTA Dr. Jakobs äußert sich über den Fortschritt in der Angelegenheit und stellt eine Frage zur steuerlichen Situation der Volkshochschule. Er verweist auf einen Bescheid des Finanzamts, der eine verdeckte Gewinnausschüttung festgestellt habe, und erkundigt sich nach dem Stand des Einspruchsverfahrens. Zudem fragt er, ob eine Änderung der steuerlichen Situation absehbar sei, um die jährlichen Zusatzkosten von 300.000 Euro zu vermeiden.

LR Lynack berichtet, dass die Angelegenheit der VHS nach langer Bearbeitungszeit abgeschlossen sei. Er betont, dass der neue Aufsichtsrat der VHS noch im Juni konstituiert werde und die Mitglieder des Aufsichtsrats künftig als Ansprechpartner fungieren sollen. Die Beschäftigten hätten den Wunsch geäußert, dass nun Ruhe einkehre, damit sie sich auf ihr Kerngeschäft konzentrieren könnten. Herr Lynack hebt hervor, dass der Erhalt und der Ausbau des zweiten Bildungsweges sowie der Integrationsangebote der VHS prioritär seien. Bezüglich der steuerlichen Situation erklärt er, dass der Einspruch gegen den Bescheid eingelegt worden sei und die beauftragte Kanzlei Erfolgsaussichten sehe. Ein weiteres Treffen mit den Beschäftigten sei nach der Sommerpause geplant.

- Gilt als behandelt -

(ehemals) TOP 15.1:

Volkshochschule Hildesheim gGmbH;

Veränderung der Gesellschafterstruktur durch Anteilserwerb

Informationen zum aktuellen Sachstand

- Vorlage 576/XIX - 3

- Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen. -

TOP 21:

Förderung der Musikschulen

Antrag der Fraktionen Die Unabhängigen, FDP und des KTA Bosse-Arbogast vom 06.03.2025

- Antrag 789/XIX

- zurückgezogen -

(ehemals) TOP 21.1:

Förderung der Musikschulen

Antrag der CDU-Fraktion vom 13.03.2025

- Antrag 796/XIX

KTA Bertram verweist auf die finanziellen Schwierigkeiten der Musikschulen im Landkreis, die durch das Harenberg-Urteil des Bundessozialgerichts verschärft worden seien. Sie fordert eine einheitliche Richtlinie zur Förderung aller Musikschulen im Landkreis, um finanzielle Klarheit zu schaffen und die Existenz der Musikschulen zu sichern. Sie betont die Bedeutung der Musikschulen für die musikalische Bildung von Kindern und Jugendlichen, insbesondere angesichts des Mangels an Musikunterricht in den Schulen.

KTA Friedemann erläutert, dass im Rahmen der Haushaltsplanberatungen bereits Beschlüsse zur finanziellen Unterstützung der Musikschulen gefasst worden seien. Sie weist darauf hin, dass ein Haushaltsansatz von 25.000 Euro mit Sperrvermerk vorgesehen sei, der nach Vorlage entsprechender Wirtschaftspläne freigegeben werden könne. Sie betont, dass die Unterstützung der Musikschulen im Landkreis ein gemeinsames Anliegen sei.

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, eine Richtlinie zur Förderung von Musikschulen zu erarbeiten und möglichst bis zur übernächsten Kreistagssitzung zur Beschlussfassung vorzulegen.

- mehrheitlich abgelehnt -

(ehemals) TOP 29:

Aktuelle Situation BBS

Antrag der FDP und Die Unabhängigen vom 30.04.2025

- Antrag 824/XIX

KTA Dr. Jacobs von der FDP-Fraktion thematisiert die aktuelle Situation der Berufsbildenden Schulen im Landkreis Hildesheim. Er hebt hervor, dass es sich hierbei um eines der größten Projekte des Landkreises mit einem erheblichen Investitionsvolumen handle. Er kritisiert, dass im Schulausschuss keine aktuellen Informationen zum Stand des Erbbaurechtsvertrags zwischen dem Landkreis und der Stadt Hildesheim vorgelegt worden seien, obwohl dieser bereits im Januar als nahezu fertig bezeichnet worden sei. Zudem fragt er nach möglichen Koordinationsbedarfen im Zusammenhang mit dem Bau des Gefahrenabwehrzentrums in der Nähe der geplanten Neubauten der BBS.

LR Lynack erklärt, dass die Zuständigkeit für die Umsetzung des Projekts beim Ausschuss 4 liegt, da die Grundsatzentscheidungen im Schulausschuss getroffen wurden. Der Erbbaurechtsvertrag sei auf der Zielgeraden und werde den Gremien von Stadtrat und Kreistag zur finalen Entscheidung vorgelegt. Er verweist auf personelle Engpässe in der Bauverwaltung, die eine detaillierte Berichterstattung im Schulausschuss erschwert haben, und kündigt an, dass die Informationen im zuständigen Ausschuss nachgereicht werden.

KTA Prior kritisiert die seit Jahren bestehenden Mängel im Brandschutz der Berufsbildenden Schulen, insbesondere an der Steuerwalder Straße. Er führt aus, dass diese Mängel seit Jahren bekannt seien und keine Maßnahmen zur Behebung ergriffen worden seien. Er wirft dem Landrat und der Mehrheitsgruppe vor, die Verantwortung für diesen Zustand zu tragen. Herr Prior fordert eine

verbindliche Beschlussfassung und einen Zeitplan für die Sanierung oder den Neubau der Schulen. Er bemängelt, dass auf konkrete Fragen zu geplanten Maßnahmen, Kosten und Zeitplänen keine Antworten vorlägen. Zudem sei unklar, wie ein sachgerechter Schulbetrieb bis zur Fertigstellung der Maßnahmen gewährleistet werden solle.

KTA Domning weist darauf hin, dass die Zuständigkeiten für bauliche Maßnahmen im Bauausschuss und nicht im Schulausschuss lägen. Er hebt hervor, dass die Investitionssummen für die geplanten Maßnahmen erheblich seien und die Abstimmung mit der Stadt Hildesheim mühsam, jedoch notwendig sei. Herr Domning fordert eine konkrete Darstellung der geplanten Maßnahmen, insbesondere in Bezug auf die zeitliche Abfolge von Bau, Abriss, Umbau und Umzug der Schulen.

KTA Wucherpennig schließt sich den Ausführungen ihrer Vorredner an und hebt die Dringlichkeit der Maßnahmen hervor. Sie betont, dass die Sicherheit der Schülerinnen und Schüler oberste Priorität haben müsse und fordert eine zügige Umsetzung der geplanten Maßnahmen. Sie fordert konkrete Lösungen, um moderne und zukunftsfähige Bildungseinrichtungen zu schaffen.

KTA Prior erinnert daran, dass man sich in einer sogenannten Phase 0 befinde, in der Maßnahmen ohne Architektenleistungen abgestimmt würden. Er kritisiert, dass bisher keine Fortschritte beim angekündigten „Abspecken“ der Planungen erzielt worden seien und dass die Planungen ohne gesicherte Flächen durchgeführt worden seien. Zudem stellt er die Frage, ob es rechtlich zulässig sei, Schülerinnen und Schüler unter den aktuellen Brandschutzbedingungen weiterhin zum Schulbesuch zu verpflichten. Er fordert eine klare Antwort der Verwaltung, ob die Sicherheitsvorschriften eingehalten würden, und kündigt an, diese Frage auch an die Landesregierung zu richten.

LR Lynack hebt hervor, dass in der aktuellen Wahlperiode ein deutlich höheres Engagement für das Thema Berufsbildende Schulen zu verzeichnen sei. Die Verwaltung arbeite gemeinsam mit den politischen Gremien daran, die Mängel zu beheben, und es sei eine Schulentwicklungsplanung in Auftrag gegeben worden, deren Ergebnisse im Sommer erwartet werden. Er erklärt, dass die Verwaltung weiterhin an der Abarbeitung der Sicherheitsmängel arbeite, jedoch auch durch zahlreiche Anfragen und begrenzte personelle Ressourcen belastet sei. Die Ergebnisse der Schulentwicklungsplanung sollen gemeinsam diskutiert werden, um Prioritäten für die weitere Vorgehensweise festzulegen.

KTA Prior erklärt anschließend, dass er einer Planung, die geltendem Recht widerspreche, nicht zustimmen könne. Er betont, dass gravierende Brandschutzmängel nicht auf die lange Bank geschoben werden dürfen und dass die oberste Priorität darin liege, Maßnahmen zum Schutz höchster Rechtsgüter zu ergreifen. Er lehnt eine sukzessive Abarbeitung der Mängel ab.

Beschluss:

Die Landkreisverwaltung wird gebeten, über den aktuellen Sachstand zu berichten.

- Gilt als behandelt -

TOP 8:

Flüchtlingssituation im Landkreis Hildesheim

LR Lynack berichtet, dass derzeit 699 Plätze in Großunterkünften zur Verfügung stehen, von denen 401 belegt seien, sodass 298 Plätze frei seien.

TOP 8.1:

Einführung einer Bezahlkarte für Leistungen nach dem AsylbLG

- Antrag der Fraktionen FDP und Unabhängige vom 18.02.2025

- Antrag 773/XIX

KTA Dr. Jakobs erläutert, dass der Antrag darauf abziele, den aktuellen Stand der Einführung der Bezahlkarte zu erfragen. Er weist darauf hin, dass ursprünglich eine Einführung im April oder Mai geplant gewesen sei, diese jedoch verschoben worden sei. Er bittet um Zustimmung zu dem Antrag.

Herr Hoffmann informiert, dass die Einführung der Bezahlkarte aufgrund organisatorischer und technischer Schwierigkeiten auf Juli oder August verschoben worden sei. Er betont, dass die Verwaltung in enger Abstimmung mit der Stadt Hildesheim und dem Land Niedersachsen stehe.

Beschluss:

Der Landkreis Hildesheim wird schnellstmöglich eine Bezahlkarte zur Verwendung durch alle Asylbewerberinnen und Asylbewerber, für die der Landkreis Hildesheim zuständig ist und die nicht bereits seitens des Landes Niedersachsen mit einer Bezahlkarte ausgestattet wurden, einführen. Dazu wird der Landkreis Hildesheim — im Einvernehmen mit dem Land Niedersachsen — Bezahlkarten aus dem Rahmenvertrag zwischen dem Land Niedersachsen und der „secupay AG“ abrufen.

- erledigt -

TOP 8.2:

Einführung einer Bezahlkarte für Leistungen nach dem AsylbLG

Antrag der Fraktion FDP und Fraktion Die Unabhängige

- Antrag 803/XIX

Beschluss:

Der Landkreis Hildesheim wird auf Grundlage der Weisung des Landes Niedersachsen vom 4. November 2024 schnellstmöglich — spätestens zum 1. Mai 2025 — eine Bezahlkarte zur Verwendung durch alle Asylbewerberinnen und Asylbewerber, für die der Landkreis Hildesheim zuständig ist und die nicht bereits seitens des Landes Niedersachsen mit einer Bezahlkarte ausgestattet wurden, einführen. Dazu wird der Landkreis Hildesheim — im Einvernehmen mit dem Land Niedersachsen — Bezahlkarten aus dem Rahmenvertrag zwischen dem Land Niedersachsen und der „secupay AG“ abrufen. Sollte der 1. Mai 2025 nicht einzuhalten sein, wird die Landkreisverwaltung den Kreistag darüber unaufgefordert per schriftlicher Verwaltungsvorlage informieren.

- mehrheitlich abgelehnt -

Sitzungsunterbrechung von 30 Minuten.

TOP 9:

1. Nachtragshaushaltsplan 2025

TOP 9.1:

**1. Nachtragshaushaltssatzung 2025 des Landkreises Hildesheim;
Stellungnahmen der kreisangehörigen Kommunen gem. § 15 NFAG**

- Vorlage 896/XIX

- Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen. -

TOP 9.2:

1. Nachtragshaushaltssatzung 2025 des Landkreises Hildesheim

- Vorlage 892/XIX

LR Lynack beschreibt die finanzielle Lage des Landkreises als desolat und verweist auf die allgemeine Unterfinanzierung der Kommunen. Es wird zitiert, dass die Kommunen 25 % der öffentlichen Ausgaben tragen, jedoch nur 14 % der Einnahmen erhalten. In Niedersachsen sei seit 2020 ein negatives Finanzsaldo festzustellen, und Kassenkredite sowie notwendige Investitionen könnten kaum noch aus Rücklagen gedeckt werden. Die Ursachen lägen in steigenden Personal-, Energie- und Baukosten sowie in neuen, nicht gegenfinanzierten Aufgaben, insbesondere im Bereich der Kindertagesbetreuung.

LR Lynack berichtet von einer äußerst angespannten finanziellen Lage des Landkreises mit einem Defizit von 9,5 Millionen Euro im Haushalt. Sowohl der Bund als auch das Land Niedersachsen verfügen nicht über ausreichende Mittel, um die Kommunen angemessen zu unterstützen. Dennoch betont er, dass er auf eine auskömmliche Finanzierung der Kommunen drängen werde. Die Problematik der Kindertagesbetreuung und der künftigen Ganztagsbetreuung wurde dem Niedersächsischen Landkreistag geschildert, um Unterstützung zu erbitten.

Er unterstreicht, dass die Bürgerinnen und Bürger sowie die Kommunen einen Anspruch auf die Leistungen des Landkreises hätten. Gleichzeitig sei der Landkreis jedoch an die Rahmenbedingungen gebunden, die von Bund und Land vorgegeben würden. Es sei daher notwendig, innerhalb dieser Grenzen zu agieren und die vorhandenen Mittel bestmöglich einzusetzen. Der Landrat betont, dass die Digitalisierung der Verwaltung vorangetrieben werden müsse, um langfristig effizienter arbeiten zu können. Dies erfordere jedoch nachhaltige Investitionen. Zudem sei es wichtig, die Motivation und Zufriedenheit der Mitarbeitenden zu fördern, um die Leistungsfähigkeit der Verwaltung sicherzustellen.

KTA Dr. Schütte erläutert, dass der erste Nachtragshaushalt des Landkreises für das Jahr 2025 zur Beratung und Beschlussfassung vorliege. Bereits bei der Verabschiedung des Haushaltsplans 2025 im Dezember sei bekannt gewesen, dass ein Nachtragshaushalt erforderlich werde. Gründe hierfür seien unter anderem die Fortschreibung des Finanzvertrags mit der Stadt Hildesheim sowie der neue Kita-Vertrag zwischen dem Landkreis und den kreisangehörigen Kommunen. Hinzu komme, dass die aktuellen Steuerschätzungen eine Anpassung der geplanten Einnahmen nach unten erforderlich machten.

KTA Dr. Schütte führt aus, dass der neue Kita-Vertrag eine gesplittete Kreisumlage notwendig mache, da nicht alle Kommunen dem Vertrag beigetreten seien. Für Kommunen, die die Kinderbetreuung selbst übernehmen, werde der Hebesatz der Kreisumlage entsprechend gesenkt. Für Kommunen, die diese Aufgabe dem Landkreis überlassen, gelte ein höherer Hebesatz.

KTA Dr. Schütte geht auf die Anträge zum Nachtragshaushalt ein. Den Antrag 822 der FDP, der einen Einstellungsstopp fordere, lehne die Mehrheitsgruppe ab, da ein gültiger Stellenplan existiere, der zur Erfüllung der Aufgaben notwendig sei. Auch der Antrag 831 der CDU, der eine Begrenzung der Hilfen zur Erziehung vorsehe, sei rechtlich nicht durchsetzbar, da diese Leistungen bei Bedarf erbracht werden müssten. Die Forderung nach einer globalen Minderausgabe von 2 % werde ebenfalls abgelehnt, da keine konkreten Vorschläge zur Umsetzung vorlägen. Zum Antrag 837 von FDP und Unabhängigen, der den Stellenplan 2026 betreffe, erklärt er, dass die Verwaltung stellensparsam agieren werde. Abschließend spricht er sich für die Zustimmung zum Nachtragshaushalt aus und appelliert an die Kreistagsmitglieder, diesem Schritt zu folgen.

KTA Koschorrek erklärt, dass die CDU dem Nachtragshaushalt nicht zustimmen könne. Er betont, dass die Hilfen zur Erziehung gekürzt und gedeckelt werden könnten, da nicht nur Pflichtaufgaben, sondern auch Standards abgesenkt werden könnten. Er verweist auf den Antrag der CDU, der sechs konkrete Vorschläge enthalte, darunter die Deckelung der Hilfen zur Erziehung auf 53 Millionen Euro und der Erziehungsberatung auf 1,1 Millionen Euro, basierend auf den Ausgaben von 2021. Zudem fordert die CDU, 10 % der Stellen mit einem KW-Vermerk zu versehen, um langfristig Einsparungen zu erzielen. Er teilt mit, dass das Defizit von 69,2 Millionen Euro eine erhebliche Belastung darstellt und er nicht mit einer derart drastischen Entwicklung gerechnet habe. Er plädiert dafür, Maßnahmen zu ergreifen, um das Defizit zu reduzieren.

KTA Wucherpennig erklärt, dass die Fraktion der Unabhängigen den Nachtragshaushalt sowie den Antrag der CDU ablehnt, weil dieser unrealistisch sei. Sie kritisiert, dass der Landrat und die Mehrheitsgruppe bislang keine ausreichenden Konsolidierungsmaßnahmen ergriffen hätten und fordert klare, realistische sowie umsetzbare Strategien zur Stabilisierung der finanziellen Situation des Landkreises. Sie appelliert an die Anwesenden, dem Antrag ihrer Fraktion zuzustimmen.

KTA Prior kritisiert, dass die finanzielle Situation des Landkreises seit Jahren bekannt sei, jedoch keine ausreichenden Einsparmaßnahmen ergriffen worden seien. Er hebt hervor, dass insbesondere im Bereich der Jugendhilfe Einsparpotenziale nicht genutzt würden, obwohl dies aus seiner Sicht möglich und notwendig sei. Er betont die Bedeutung von Transparenz und fordert, dass Zuschüsse nur auf Basis tatsächlich angefallener Kosten gewährt werden. Zudem kritisiert er die Handhabung des Kita-Vertrags und die mangelnde Transparenz bei der Mittelverwendung. Er wirft der Mehrheitsgruppe vor, keine nachhaltigen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung zu ergreifen, und sieht die politische Verantwortung für die Verschlechterung der finanziellen Lage bei dieser Gruppe.

KTA Dr. Jacobs äußert sich kritisch zur Haushaltsführung und betont, dass die Mehrheitsgruppe seiner Ansicht nach zu wenig unternahme, um das Defizit zu reduzieren. Er erinnert daran, dass diese Kritik seit 2021 wiederholt vorgebracht werde, ohne dass wesentliche Fortschritte erzielt worden seien. Er verweist auf den Nachtragshaushalt 2025, der am heutigen Tag beschlossen werden solle, und hebt hervor, dass der reguläre Haushalt 2025 noch nicht genehmigt sei. Er prognostiziert, dass die Genehmigung des Landes erneut nur unter Vorbehalt erfolgen werde, was die angespannte finanzielle Lage des Landkreises Hildesheim verdeutliche. Herr Dr. Jacobs kritisiert insbesondere die mangelnde Umsetzung von Einsparungen im Sozialhaushalt, der einen erheblichen Anteil der Ausgaben ausmache. Er bemängelt, dass keine konkreten Informationen über Einsparungen vorgelegt worden seien, obwohl dies im Haushaltssicherungskonzept vorgesehen sei. Zudem äußert er Zweifel an der Berechnung der Kosten des Kita-Vertrags, da eine Differenz von 15 Millionen Euro zwischen den ursprünglichen und den aktuellen Zahlen bestehe. Er weist darauf hin, dass mehrere Kommunen dem Vertrag nicht zugestimmt hätten und einige bereits angekündigt hätten, bei einem Auslaufen des Sozialsicherungsfonds im Jahr 2027 aus dem Vertrag auszutreten. Abschließend fordert er, dass die Verwaltung und die Mehrheitsgruppe konkrete Sparmaßnahmen umsetzen und die Anliegen der Kommunen ernst nehmen.

KTA Prior weist darauf hin, dass eine Anfrage an die Verwaltung bezüglich der Stellungnahmen der Bürgermeister der Gemeinden, die den Kita-Vertrag nicht unterzeichnet haben, gestellt wurde. Diese Informationen sind für die Haushaltsberatungen von wesentlicher Bedeutung. Herr Prior kritisiert, dass die Antworten nicht rechtzeitig vorliegen, was die Transparenz und Nachvollziehbarkeit beeinträchtigt. Zudem hinterfragt er, in wessen Auftrag der Landrat gehandelt hat, da dieser üblicherweise eigenverantwortlich unterschreibt.

Frau Grella stellt klar, dass die Formulierung „im Auftrag“ ein Versehen gewesen sei und der Landrat selbstverständlich eigenverantwortlich handle. Sie erläutert, dass ein Anhörungsverfahren für den Nachtragshaushalt durchgeführt worden sei, an dem auch die sechs Kommunen, die den Kita-Vertrag nicht unterzeichnet hätten, teilgenommen hätten. Die Stellungnahmen seien in der

Informationsvorlage gewürdigt worden, die den Gremien vorliege. Weitere Punkte aus einem Schreiben der Kommunen vom 29. April würden derzeit bearbeitet, jedoch nicht mehr in die Haushaltsberatungen einfließen, da die relevanten Informationen bereits vorlägen.

KTA Schröter-Mallohn betont die Bedeutung des aktuellen Nachtragshaushalts für die Städte und Gemeinden des Landkreises, da dieser ihnen finanzielle Planungssicherheit gibt. Er warnt davor, den Nachtragshaushalt abzulehnen, da dies gravierende Folgen für die kommunale Planung hätte. Zudem verweist er auf die laufenden externen Analysen im Bereich der Hilfen zur Erziehung und der Assistenzleistungen, die zur Optimierung der Ausgaben beitragen sollen.

KTA Prior gibt eine persönliche Erklärung ab. Er kritisiert die seiner Meinung nach unzureichende Beantwortung von Anfragen durch die Verwaltung. Er verweist auf das Recht der Opposition, Fragen zu stellen, und betont, dass diese gemäß Verfassung unverzüglich, vollständig und wahrheitsgemäß beantwortet werden müssten. Er sieht in der Verzögerung der Beantwortung einen Affront und fordert die Einhaltung der in der Geschäftsordnung festgelegten Fristen.

Beschluss:

Der Kreistag des Landkreises Hildesheim beschließt die **1. Nachtragshaushaltssatzung 2025 und den 1. Nachtragshaushaltsplan 2025** in der im Entwurf vorgelegten Fassung einschl. etwaiger Änderungen im Rahmen der Beschlussfassung zur 1. Nachtragshaushaltssatzung 2025 / zum 1. Nachtragshaushaltsplan 2025.

- mehrheitlich beschlossen -

TOP 9.3:

1. Nachtragshaushaltsplan 2025

Antrag der Fraktionen Die Unabhängigen und FDP

- Antrag 821/XIX

- erledigt -

TOP 9.4:

Nachtragshaushalt 2025

Antrag der CDU-Fraktion vom 08.05.2025

- Antrag 831/XIX

Beschluss:

1. Der Haushaltsplan wird wie folgt geändert:

1.1 Der Ansatz für die Hilfe zur Erziehung wird auf 53 Mio. Euro begrenzt (Ist-Ergebnis von 2021).

1.2 Der Ansatz für die Erziehungsberatung wird auf 1,1 Mio. Euro begrenzt (Ist-Ergebnis von 2021).

1.3 10 % der Stellen sind mit einem kw-Vermerk zu versehen.

1.4 Zusätzliche Stellen werden nicht geschaffen.

1.5 Auf besondere Controller wird verzichtet, weil diese Aufgabe wie in der Vergangenheit im zuständigen Dezernat eigenständig wahrgenommen werden muss.

2. Es wird eine Globale Minderausgabe i.H.v. 2% beschlossen.

3. Der Entwurf für eine überarbeitete Fassung des Haushaltssicherungskonzeptes und Haushaltssicherungsberichts ist dem Kreistag bis Mitte Juni 2025 vorzulegen.

- mehrheitlich abgelehnt -

TOP 9.5:

1. Nachtragshaushaltsplan 2025 des Landkreises Hildesheim

Antrag der Fraktionen Die Unabhängigen und FDP

- Antrag 837/XIX

Beschluss:

1. Die Verwaltung stellt im Rahmen entsprechender Untersuchungen bis zum 30.09.2025 fest, in welchem Umfang die Zahl der Personalstellen ab 2026 deutlich reduziert werden kann. Auf die Besetzung freier Stellen wird im Haushaltsjahr 2025 möglichst verzichtet. Der zukünftige Bedarf an Personalstellen wird nach dem Prüfungsergebnis der Verwaltung neu festgelegt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, bis zum 30.09.2025 sämtliche bilateralen Verträge und Vereinbarungen des Landkreises mit ihren finanziellen Auswirkungen in einer Vorlage darzustellen und dabei jeweils auf die Notwendigkeit der Zahlungen des Landkreises einschließlich der Fortführung der Verträge/Vereinbarungen einzugehen.
3. Im 1. Nachtragshaushaltsplan 2025 wird eine "Globale Minderausgabe" in Höhe von 1 % der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit veranschlagt.

- mehrheitlich abgelehnt -

TOP 10:

Rekommunalisierung der Rettungsdienste

Antrag der Fraktion Vernunft und Gerechtigkeit vom 08.11.2024

- Antrag 648/XIX

KTA Vornkahl betont in seinem Redebeitrag, dass die Rekommunalisierung der Rettungsdienste eine Wertschätzung gegenüber den Rettungskräften darstelle. Er kritisiert den Antrag der Mehrheitsgruppe, da dieser lediglich die Erstellung von Konzepten vorsehe, ohne ein klares Bekenntnis zur Rekommunalisierung abzugeben. Auch der Antrag der CDU-Fraktion wird von ihm als unzureichend bewertet, da er keinen verbindlichen Zeitplan enthalte.

KTA Prior äußert, dass er die Intention seines Vorredners teile, jedoch den Beschlussvorschlag der Fraktion Vernunft und Gerechtigkeit für unzureichend halte, da dieser keine konkreten Bedingungen für die Rekommunalisierung definiere. Er plädiert für den Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion, der ein Programm zur schrittweisen Rekommunalisierung ab Mitte 2026 vorsehe. Er kritisiert den Vorschlag der Mehrheitsgruppe als unbestimmt und ohne klare Vorgaben.

KTA Hauk betont, dass das Thema komplex sei und eine gründliche Prüfung erfordere. Für eine sachgerechte Entscheidung benötige man Zahlen, Daten und Fakten, insbesondere zur Umsetzbarkeit durch die Verwaltung, zur Personalbeschaffung und zu den materiellen Voraussetzungen wie Rettungswachen.

KTA Ebert schließt sich den Ausführungen von KTA Hauk weitgehend an. Er weist darauf hin, dass das Thema stark polarisiere und man unter erheblichem Zeitdruck stehe. Er betont, dass eine Entscheidung ohne vorherige Prüfung der Vorteile, Nachteile, Kosten und Risiken nicht seriös sei. Daher unterstütze die FDP-Fraktion den Antrag der Mehrheitsgruppe, um eine gründliche Prüfung und Vorbereitung zu ermöglichen.

Beschluss:

Die Rettungsdienste des Landkreises werden zum nächstmöglichen Termin rekommunalisiert. Laufende Ausschreibungen werden umgehend zurückgezogen, die Aufgabenbereiche werden in Absprache mit den bisherigen Dienstleistern in die Verantwortung der Kreisverwaltung übergeben und das benötigte Personal, sowie entsprechende Finanzmittel gilt es nach vorheriger

Bedarfsprüfung in ausreichendem Umfang bereitzustellen. Sollten laufende Ausschreibungen nicht zurückgezogen werden können, weil bspw. für die Bedarfsprüfung nicht ausreichend Zeit bleibt, so gilt es die Dauer der Ausschreibung zu verlängern oder gegebenenfalls die ausgeschriebene Auftragsdauer der zu erbringenden Dienstleistung entsprechend zu verkürzen.

- mehrheitlich abgelehnt -

TOP 10.1:

Konzept zu den Möglichkeiten der Rekommunalisierung des Rettungsdienstes

Antrag der Gruppe vom 26.03.2025

- Antrag 817/XIX

Beschluss:

Das bereits beschlossene Vergabeverfahren wird weitergeführt. Nach dem Abschluss des laufenden Vergabeverfahrens soll die Landkreisverwaltung ein erstes Konzept zu den Möglichkeiten der Rekommunalisierung des Rettungsdienstes erstellen. Hierzu soll Kontakt zu Kommunen aufgenommen werden (z.B. Goslar), die diesen Schritt bereits gegangen sind. Der Antrag 648/XIX ist abzulehnen.

Das Konzept soll unter anderem folgende Aspekte aufzeigen:

- a. Prüfung des relevanten Rechtsrahmens. Dazu gehören Gesetze auf Landes- und Bundesebene, die den Rettungsdienst regeln, sowie die Möglichkeiten zur Übertragung von Aufgaben an die Kommune.
- b. Aufnahme von Gesprächen mit der Stadt Hildesheim und Stellungnahme.
- c. Abschätzung des zusätzlichen Personalbedarfs in der Landkreisverwaltung zur Sicherstellung der Verwaltungsaufgaben.
- d. Abschätzung der laufenden Kosten eines kommunalisierten Rettungsdienstes inkl. Vergleich zu den jetzigen Kosten.
- e. Abschätzung der zusätzlichen Kosten für den notwendigen vorübergehenden Parallelbetrieb.
- f. Möglichkeiten und Kostenabschätzung der Beschaffung und/oder Übernahme bestehender Infrastruktur und Ausrüstung der momentanen und zukünftigen Dienstleister.
- g. Möglichkeiten zur Rekrutierung und/oder Übernahme von Personal der momentanen und zukünftigen Dienstleister.
- h. Prüfung der Auswirkungen auf die Strukturen und der zukünftigen Leistungsfähigkeit der gemeinnützigen Organisationen wie z.B. DRK, ASB, Johanniter Unfallhilfe und anderer, insbesondere im Hinblick auf die Unterstützung beim Katastrophenschutz und Massenanfall von Verletzten.

- mehrheitlich beschlossen -

TOP 10.2:

Konzept zu den Möglichkeiten der Rekommunalisierung des Rettungsdienstes

Antrag der CDU-Fraktion vom 08.05.2025

- Antrag 832/XIX

Beschluss:

Für die Zeit ab Mitte 2026 soll dem Kreistag zusammen mit dem Haushaltsplanentwurf 2026 ein Programm dafür vorgelegt werden, Leistungen des Rettungsdienstes nach und nach teilweise oder ganz rekommunalisieren zu können.

- mehrheitlich abgelehnt -

TOP 11:

Tempo 30 km/h vor den Kindergärten in Hotteln und Groß Dungen

Antrag der CDU-Fraktion vom 08.01.2025

- Antrag 753/XIX

KTA Prior thematisiert im nächsten Tagesordnungspunkt die streckenbezogene Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h vor Kindergärten in Hotteln und Groß Dungen. Er kritisiert, dass die Schilder in Groß Dungen auch nach 15 Monaten noch nicht aufgestellt seien, obwohl die Maßnahme bereits beschlossen wurde. Er fordert den Landrat auf, einen konkreten Zeitpunkt für die Umsetzung zu nennen.

KTA Wucherpennig äußert, dass die Schilder in Hotteln bereits aufgestellt seien und die Maßnahme dort in Kraft getreten sei. Sie bedauert jedoch die Verzögerung in Groß Dungen und betont die Dringlichkeit, die Sicherheit der Kinder zu gewährleisten. Sie fordert eine zügige Umsetzung der Maßnahme.

LR Lynack erklärt, dass die Anordnung zur Aufstellung der Schilder Anfang des Jahres von ihm persönlich unterzeichnet und an die zuständige Landesstraßenbaubehörde weitergeleitet wurde. Er betont, dass die Umsetzung nicht in der Zuständigkeit des Landkreises liege und er die Landesstraßenbaubehörde erneut anfragen werde, um eine schriftliche Antwort zu erhalten.

- Gilt als behandelt -

TOP 12:

Anordnung von Tempo 50 km/h in Lamspringe OT Neuhof

Antrag der CDU-Fraktion vom 08.01.2025

- Antrag 756/XIX

- erledigt -

TOP 12.1:

Anordnung von Tempo 50 km/h in Lamspringe OT Neuhof

Antrag der Gruppe, der CDU-Fraktion, der Fraktion FDP und der Fraktion Die Unabhängigen vom 08.04.2025

- Antrag 820/XIX

KTA Lüder fordert, dass der Landkreis die Anordnung von Tempo 50 umsetzen solle, da dies zum Schutz höherer Rechtsgüter erforderlich und nach der Straßenverkehrsordnung möglich sei. Er bittet um Zustimmung zu diesem Antrag.

KTA Hauk unterstützt das Anliegen und hebt hervor, dass die Diskussion um die Geschwindigkeitsbegrenzung bereits seit längerer Zeit im Gemeinderat geführt werde. Er verweist auf die Unterschriftenaktion und den gemeinsamen Antrag der Parteien. Er äußert die Hoffnung, dass mit diesem Beschluss endlich Tempo 50 umgesetzt werde.

Beschluss:

Der Landrat wird gebeten, gem. des Beschlusses des Kreistages vom 28.10.2024 zur Anordnung einer zulässigen Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h auf der K328 zwischen dem Ortseingangsschild (Zeichen 310) Neuhoof/Lamspringe und der Einmündung ins Neubaugebiet „An der Sieke“ die Geschwindigkeitsbeschränkung unverzüglich anzuordnen, wenn die Landesregierung dies bis 26.06.2025 nicht eindeutig durch eine Weisung nach § 88 NKomVG untersagt.

- mehrheitlich beschlossen -

TOP 13:
Vollsperrungen von Straßen
- Vorlage 875/XIX

KTA Prior kritisiert die von der Verwaltung vorgelegten Informationen als unzutreffend.

- Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen. -

TOP 16:
Personalbericht 2024
- Vorlage 860/XIX

- Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen. -

TOP 17:
Einstellungsstopp für den Stellenplan 2026
Antrag der FDP-Fraktion vom 25.04.2025
- Antrag 822/XIX

Beschluss:

Die Landkreis Hildesheim wird im Stellenplan für den Haushaltsplan 2026 keine zusätzlichen Stellen einrichten. Alle Stellen, die im Stellenplan 2025 mit einem Sperrvermerk versehen sind – mit Ausnahme der Stellen, die zur Kita-Verwaltung im Amt 407 vorgesehen sind – werden in den Jahren 2025 und 2026 nicht zur Besetzung freigegeben. Sofern die Freigaben bereits erteilt sein sollten, werden diese zurückgenommen.

Weiter bitten wir um die Beantwortung der nachstehenden Fragen nach § 56 NKomVG:

- Welche etwaigen Kosten entstehen dem Landkreis Hildesheim dadurch, dass 7 Stellen für die Betriebs-Krippe an externe Dienstleister vergeben werden sollen? Ist der im Haushaltsplan 2025 angegebene Betrag von 700.000,00 EUR dafür voraussichtlich ausreichend?

- Aus welchen Gründen kann der Landkreis, wie im Stellenplan 2025 beschrieben, 5,68 Stellen einsparen? Im Stellenplan 2025 heißt es schlicht, dass etwa die zu Grunde liegenden Aufgaben für die Kreisverwaltung entfallen sind.
- Welche Einsparungen konnte der Landkreis Hildesheim durch die Beachtung des Haushaltssicherungskonzepts für das Haushaltsjahr 2024 erzielen?
- Im Haushaltssicherungskonzept 2025 findet sich zu der Überschrift „Optimierung des Sozialhaushalts“ die wortgleiche Formulierung wie auch im Jahr 2024. Konnten bzgl. des Haushaltsjahres 2024 tatsächlich „Optimierungen im Sozialhaushalt“ vorgenommen werden?

- mehrheitlich abgelehnt -

TOP 18:

Grundsätze der Arbeitsplatz- und Dienstpostenbewertung

Antrag der CDU-Fraktion vom 02.12.2024

- Antrag 726/XIX

- zurückgezogen -

TOP 19:

Gleichstellungsplan 2025 bis 2027

- Vorlage 861/XIX

- Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen. -

TOP 20:

Leitung des Rechnungsprüfungsamtes (RPA) und der Dezernate des Landkreises

- Antrag der CDU-Fraktion vom 30.09.2024

- Antrag 630/XIX

Beschluss:

- 1 Für das RPA soll die neue Leiterin/der neue Leiter unverzüglich berufen werden. Dem Kreistag ist eine Vorlage i. S. d. S 154 NkomVG in seiner Sitzung im November vorzulegen.
- 2 Die Stelle des Leiters/der Leiterin des Dezernates 4 soll unverzüglich neu besetzt werden. Sie ist öffentlich auszuschreiben. Der Entwurf der Ausschreibung ist dem Kreisausschuss mit einer ausreichenden Stellenbeschreibung zur Zustimmung vorzulegen.
- 3 Die weiteren in den nächsten 12 Monaten neu zu besetzenden Stellen auf der Dezernats- und Amtsleiterebene sind öffentlich auszuschreiben. Der Entwurf der Ausschreibung ist dem Kreisausschuss mit einer ausreichenden Stellenbeschreibung zur Zustimmung vorzulegen.

- vertagt -

TOP 20.1:

Notwendige Informationen über die Tätigkeit des Rechnungsprüfungsamtes

Anfrage der Fraktionen Die Unabhängigen und FDP sowie dem KTA Bosse Arbogast vom 14.01.2025

- Antrag 761/XIX

- zurückgezogen -

TOP 22:

Fortführung des Projektes "JobKlub" für den Zeitraum 01.07.2025 bis 30.06.2026

- Vorlage 879/XIX

Beschluss:

Der Landkreis Hildesheim schließt mit der Labora gGmbH für den Zeitraum 01.07.2025 bis 30.06.2026 eine Kooperationsvereinbarung zur Fortführung des Projektes JobKlub. Diese erfolgt unter dem Vorbehalt der Kofinanzierung durch das Jobcenter Hildesheim und der Genehmigung der entsprechenden Haushalte. Für die Förderung des Landkreises Hildesheim sind im Haushalt 2025 Budget 10 beim Sachkonto 4318-0029 „Zuschüsse an übrige Bereiche“, Kostenstelle 4-07, Kostenträger 363-001-0001 „Jugendsozialarbeit“ 44.000,00 € eingeplant und für den Haushalt 2026 werden an selbiger Haushaltsposition 46.000,00 € eingestellt werden.

- einstimmig beschlossen -

TOP 23:

Investitionskostenzuschuss Tierheim

Antrag der CDU-Fraktion vom 08.01.2025

- Antrag 752/XIX

- vertagt -

TOP 24:

Umsetzung des Gefahrgutkonzeptes; Zweckvereinbarung zur gemeinsamen Beschaffung und Finanzierung von drei Abrollbehältern Gefahrgut sowie eines Gerätewagens Messtechnik

- Vorlage 754/XIX

KTA Bertram erläutert, dass ein gemeinsamer Antrag mit der Mehrheitsgruppe angestrebt werde, um die Finanzierungslücke zu schließen.

KTA Prior ergänzt, dass bereits 700.000 Euro im Haushalt eingestellt worden seien, diese Mittel jedoch nicht ausreichen. Er schlägt vor, bis zur nächsten Kreistagssitzung eine Lösung zu erarbeiten.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, auf Basis des beigelegten Entwurfs (Anlage 2), eine Zweckvereinbarung zur gemeinsamen Beschaffung und Finanzierung von drei Abrollbehältern Gefahrgut sowie eines Gerätewagens Messtechnik abzuschließen und nach Inkrafttreten derselben die erforderlichen Ausschreibungen im vorstehenden Umfang durchzuführen.

- erledigt -

TOP 24.1:

Umsetzung des Gefahrgutkonzeptes; Zweckvereinbarung zur gemeinsamen Beschaffung und Finanzierung von drei Abrollbehältern Gefahrgut sowie eines Gerätewagens Messtechnik

- Vorlage 754/XIX - 1

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, auf Basis des beigefügten Entwurfs (Anlage 1), eine Zweckvereinbarung zur gemeinsamen Beschaffung und Finanzierung von drei Abrollbehältern Gefahrgut sowie eines Gerätewagens Messtechnik abzuschließen und nach Inkrafttreten derselben die erforderlichen Ausschreibungen im vorstehenden Umfang durchzuführen.

- einstimmig beschlossen -

TOP 25:

Maßnahmen nach dem Niedersächsischen Katastrophenschutzgesetz (NKatSG)

Antrag der CDU-Fraktion vom 21.11.2024

- Antrag 685/XIX

- zurückgezogen -

TOP 26:

Ernennung des stellvertretenden Brandschutzabschnittsleiters des Brandschutzabschnittes Nord

- Vorlage 853/XIX

Beschluss:

Herr Dave Grohens wird unter Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis für die Dauer von sechs Jahren mit Wirkung zum 07.06.2025 zum stellvertretenden Brandschutzabschnittsleiter im Brandschutzabschnitt Nord ernannt.

- einstimmig beschlossen -

TOP 27:

Trägerversammlung des Jobcenters Hildesheim - Neubenennung von kommunalen Mitgliedern und deren Stellvertreter*innen

- Vorlage 897/XIX

Beschluss:

Der Kreistag benennt

Thomas Minnrich, Dezernent für Soziales und Integration,
Claudia Ußkurat-Köhler, stv. Amtsleiterin Rechtsamt und
Claudia Hammermeister, Teamleitung SGB II

zu kommunalen Mitgliedern in der Trägerversammlung des Jobcenters Hildesheim
sowie

Heiko König, Amtsleiter Amt für Migration, Integration und Demographie,
Maik Hoffmann, Amtsleiter Amt für Teilhabe und Rehabilitation und
Holger Sinram, jur. Sachbearbeiter Rechtsamt

zu Stellvertretern der kommunalen Mitglieder in der Trägerversammlung des Jobcenters Hildesheim.

- einstimmig beschlossen -

TOP 28:

Umbesetzung der Ausschüsse des Kreistages

TOP 28.1:

Umbesetzung der Ausschüsse und Gremien des Kreistages

- Vorlage 919/XIX

KTA Ebert kritisiert, dass kleinere Fraktionen im neuen Aufsichtsrat der Klimaschutzagentur nicht berücksichtigt würden, und fordert eine Änderung der Vorlage.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt das Ausschussverzeichnis in der Form, wie es der Vorlage 919/XIX als Anlage im Kreistagsinformationssystem beigefügt ist.

- einstimmig beschlossen -

TOP 28.2:

Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH

- Änderung des Gesellschaftsvertrages

- Auflösung des Gesellschafterrates und Einrichtung eines Aufsichtsrats

- Beschluss des Kreistages vom 20.03.2025 zu Vorlage 859/XIX

- Vorlage 923/XIX

Beschluss:

In den Aufsichtsrat der Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH werden folgende Mitglieder des Kreistages berufen:

-für die Mehrheitsgruppe

1. Domning, Ekkehard
2. Flohr, Simone
3. Homeister, Egbert
4. Preissner, Werner
5. Dr. Weber, Susanne

-für die CDU-Fraktion:

1. Dr. Bruns, Thomas
2. Gerhardt, Clemens
3. Prior, Friedhelm

- einstimmig beschlossen -

TOP 28.2.1:

Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH; Antrag zur Vorlage 923/XIX TOP 29.2 der Sitzung des Kreistages am 15.05.2025

Antrag der Fraktionen FDP und Die Unabhängigen vom 14.05.2025

- Antrag 845/XIX

- Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen. -

TOP 30:
Mitteilungen der Verwaltung

Es liegen keine Mitteilungen vor.

TOP 31:
Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

Vors. KTA Ehrig lässt darüber abstimmen, ob die Sitzung nach einer Dauer von 5 Stunden fortgesetzt werden soll.

- einstimmig beschlossen -

Datum: 04.06.2025

gez. Ehrig
Vorsitzender

Lynack
Landrat

Friede
Protokollführung